Regierungsrat

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
www.so.ch

Eidgenössisches Departement
für Verteidigung, Bevölkerungs-
schutz und Sport
Generalsekretariat
Recht VBS
Maulbeerstrasse 9
3003 Bern

24. September 2013

Vernehmlassung zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee (Umsetzung des Armeebereichs 2010)

Sehr geehrter Herr Bundespräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 27. Juni 2013 haben Sie uns zur Stellungnahme zu der vorgeschlagenen Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee (Umsetzung des Armeebereichs 2010) eingeladen. Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme. In unseren nachfolgenden Ausführungen werden wir uns auf Aussagen konzentrieren, welche die Kantone und deren Leistungen betreffen.

Wir begrüssen grundsätzlich die vorgesehenen Massnahmen zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen den für die Sicherheit der Schweiz notwendigen Leistungen der Armee und den zur Verfügung stehenden Mitteln. Es ist zu anerkennen, dass damit konkrete Schritte zur Beseitigung der in der aktuellen Armee aufgetretenen Mängel eingeleitet werden. Wir unterstützen daher die Revision der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee. Wir nehmen mit Befriedigung zur Kenntnis, dass einzelne Entwicklungsschritte, welche von uns bereits im Zusammenhang mit der Armee XXI vor mehr als 10 Jahren angeregt wurden, in die aktuelle Vorlage aufgenommen wurden.

Das **Leistungsprofil der Armee** ist abhängig von der Ausbildung, vom Einsatzkonzept, dem Personalbestand, den unterstützenden Basisleistungen (Logistik, Führungsunterstützung, Luftwaffe) und der Ausrüstung.

Das ursprüngliche Leistungsprofil aus dem Armeebereich 2010 sieht für den Einsatz von subsidiären Unterstützungseinsätzen max. 35'000 Armeeangehörige nach 10 Tagen vor. Bei einem Ausgabenplafond von 4,7 Mrd. Franken ist jedoch nur der Einsatz von max. 20'000 AdA nach 21 Tagen möglich. Das bedeutet: weniger Leistung, weniger robust in Bezug auf die Ausrüstung und bedeutend später (logistikbedingt).

Die Festsetzung des Ausgabenplafonds auf 5,0 Mrd. Franken bedingt bereits massive Einsparungen. Stehen nur 4,7 Mrd. Franken zur Verfügung, so sind zusätzliche Sparmassnahmen unausweichlich. Für die Kantone sind die Auswirkungen auf das Leistungsprofil sowie auf den Abbau der Infrastruktur von zentraler Bedeutung.

Jede Leistungsreduktion der Armee erfordert erhöhte Leistungen der zivilen Mittel und führt zu einer nicht mehr tragbaren Mehrbelastung der Kantone.

Wir stellen daher den Antrag den Ausgabenplafond der Armee auf jährlich 5 Mrd. Franken festzusetzen, damit das Leistungsprofil aus dem Armeebereich noch erfüllt werden kann.

Das Stationierungskonzept stellt für die Kantone eine wichtige Grundlage zur wirtschaftlichen und strukturellen Planung dar und muss zwingend auch unter Berücksichtigung der Strategie des neu geschaffenen Sicherheitsverbundes Schweiz (SVS) umgesetzt werden. Ohne Kenntnis über das Stationierungskonzept können die Kantone nur beschränkt planen.

Die Kantone sind daher frühzeitig und umfassend in die Umsetzungsplanung des Stationierungskonzeptes miteinzubeziehen.

Der erläuternde Bericht gibt über die **Aufgaben der Kantone** keine Auskunft. Aus dem Militärgesetz geht hervor, dass die kantonalen Aufgaben betreffend Meldepflicht, Schiesswesen ausser Dienst, Dienstverschiebungswesen und Orientierungstage keine Revision erfahren. Wir beantragen, den erläuternden Bericht mit einer Gliederung der wichtigsten kantonalen Militäraufgaben gemäss dem Militärgesetz und den einschlägigen Verordnungen (VmK, VREK) zu ergänzen. Zudem werden die konkreten Auswirkungen auf die Kantone in wirtschaftlicher und struktureller Hinsicht im erläuternden Bericht nicht beleuchtet. Es ist daher im erläuternden Bericht klar darzustellen, dass die Schliessung von Infrastruktur grundsätzlich negative volkswirtschaftliche sowie regionalpolitische Auswirkungen für Bund und Kantone hat.

Wir erwarten, dass die Kantone bei den Anpassungen zu den entsprechenden Verordnungen rechtzeitig miteinbezogen und zur Stellungnahme eingeladen werden.

Die Weiterentwicklung der Armee muss mit der **Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+** abgestimmt werden.

Fazit

Aufgrund der Änderungen stellen wir folgende Auswirkungen der geplanten Änderung der Rechtsgrundlagen fest:

- Infolge des vorgestellten Leistungsprofils bei einem Ausgabepfands von 4.7 Mrd. Franken zu Ungunsten der Kantone werden sich die Leistungen und Aufwände der Kantone im Bereich des Verbundsystems Bevölkerungsschutz erhöhen.
- Der Abbau von Infrastruktur wird negative Folgen für die betroffenen Kantone und ihre Wirtschaft haben.
- Die kantonalen Militäraufgaben im Bereich der Kontrollaufgaben werden nicht reduziert. Die horizontale Zusammenarbeit Bund-Kantone im Rahmen des militärischen Kontrollwesens wird beibehalten. Die kantonale Mitverantwortung und Mitarbeit bleiben wesentliche Elemente des Milizsystems.

Unsere detaillierten Bemerkungen zum erläuternden Bericht zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee entnehmen Sie bitte dem diesem Schreiben beiliegenden Anhang.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten Sie, unsere Anträge und Vorschläge zu berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig. Esther Gassler
Frau Landammann

sig. Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage: Bemerkungen zum erläuternden Bericht